



Artikel publiziert am: 13.12.2013 - 12.50 Uhr

Artikel gedruckt am: 22.12.2013 - 11.50 Uhr

Quelle: <http://www.hna.de/nachrichten/hessen/flughafen/schwarz-gruen-calden-muss-defizit-jaehrlich-reduzieren-3270514.html>

Einigung in Wiesbaden

Daumenschrauben für Flughafen: Calden muss Defizit erheblich reduzieren

Kassel. Teilweises Aufatmen in der Region: CDU und Grüne haben sich darauf geeinigt, den Flughafen Kassel-Calden in seiner bisherigen Form weiterzubetreiben. Allerdings soll das Management aufgefordert werden, das Defizit um jährlich zehn Prozent zu senken. 2017 soll dann geprüft werden, wie es in Calden weitergeht.

Lesen Sie auch:

Kommentar zu neuen Flughafen-Plänen: "Politisches Kasperle-Theater" (</nachrichten/hessen/flughafen/kommentar-flughafen-plaenen-schwarz-gruen-politisches-kasperle-theater-3270590.html>)

In diesem Jahr erwartet der unter chronisch schlechter Auslastung leidende Airport ein Defizit von 6,8 Millionen Euro. Das ist von den Gesellschaftern entsprechend ihrer Anteile zu tragen. Auf das Land, das 68 Prozent der Anteile hält, entfielen gut 4,6 Millionen, auf Kreis und Stadt Kassel, die mit jeweils 13 Prozent beteiligt sind, je 845 000 und auf die Gemeinde Calden mit sechs Prozent Beteiligung 408 000 Euro. 370 000 stehen dafür im kommunalen Haushalt, so dass Calden nachschießen müsste. Der Kreis müsste etwa 95 000 Euro zusätzlich in die Hand nehmen. Die Stadt Kassel erklärte, dass sie ausreichend Mittel für die Verluste städtischer Beteiligungen im Etat eingestellt habe.

„Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die Grünen jetzt ihren Frieden mit dem Flughafen geschlossen haben und dessen Status nicht mehr in Frage stellen“, erklärten Kassels Oberbürgermeister Bertram Hilgen und Landrat Uwe Schmidt. Beide signalisierten ihre Bereitschaft mit der neuen Landesregierung über eine anteilige Finanzierung der Flugsicherung zu verhandeln. Die bezahlt derzeit das Land allein. Gleichzeitig begrüßten sie wie Caldens Bürgermeister Andreas Dinges, dass das Defizit abgebaut werden soll.

Flughafenchefin Maria Anna Müller wollte unter Hinweis auf die laufenden Verhandlungen keine Stellungnahme abgeben. (jop)

Artikel lizenziert durch © hna

Weitere Lizenzierungen exklusiv über <http://www.hna.de>